

V0516/21

**Bedarfsanerkennung: Neubau einer Feuerwache als Hauptfeuerwache im Süden**  
**(Referent: Herr Müller)**

**Ausschuss für Verwaltung, Personal und Recht vom 28.07.2021**

Herr Müller gibt einen Überblick über die aktuelle Situation der Feuerwehr und erklärt, dass diese als kommunale Einrichtung der Stadt Ingolstadt der Kontrolle des Stadtrates unterliege. Als Referent für Rechtssicherheit- und Ordnung sei es seine Aufgabe, den Stadtrat bei dieser Kontrolle zu unterstützen, den Sachverstand seiner Fachämter miteinzubringen und Vorschläge für richtungsweisende Entscheidungen bzw. Grundsatzentscheidungen zu unterbreiten. Ingolstadt sei die einzige Berufsfeuerwehr von sieben Standorten für Berufsfeuerwehren in Bayern, welche die Hilfsfrist in einzelnen Stadtteilen ausschließlich durch freiwillige Feuerwehren gewährleiste. Allein diese Tatsache zeige die Dringlichkeit, in Ingolstadt einen zweiten Wachenstandort zu schaffen. Er betont, dass dies kein Argument für oder gegen eine Freiwillige Feuerwehr sei, sondern es in der Natur liege, dass die Freiwilligen Feuerwehren aufgrund des Ehrenamtes keine 100-prozentige Ausrückesicherheit gewährleisten können. Das können am Ende nur hauptamtliche Kräfte, die im entsprechenden Schichtbetrieb 24 Stunden, 7 Tage in der Woche einsatzbereit seien. Das sei der Hintergrund bzw. die Basis, auf der man die Diskussion führen müsse, so Herr Müller. Eine entsprechende Lesung und Beschlussfassung in den Gremien sei für den Frühherbst vorgesehen, informiert Herr Müller. Um den Stadträten zu weiteren detaillierten Erläuterungen, Rede und Antwort stehen zu können, habe er bereits im Vorfeld angeboten, gemeinsam mit dem Branddirektor und den Fraktionen in Kontakt zu treten, um offene Fragen, gewisse Verständnisprobleme bzw. Missverständnisse klären zu können. Es sei kein Gegeneinander, sondern ein Miteinander. Die Freiwilligen Feuerwehren seien ein unverzichtbarer Bestandteil in unserem deutschen Notfallsystem, hebt Herr Müller hervor. Die engen Hilfsfristen von 10 Minuten seien nur deshalb zu halten, weil es in Deutschland ein Miteinander von Berufsfeuerwehren und Freiwilligen Feuerwehren gebe.

Stadtrat Werner freut sich darüber, dass Herr Müller bereits auf die im Vorfeld virulente Diskussion reagiert habe. Allerdings könne er nicht verstehen, weshalb die Freiwilligen Feuerwehren, als wesentlicher Bestandteil des Brandschutzes in Ingolstadt, in der Vorlage der Verwaltung nicht einmal erwähnt werden. Dass sich die Freiwilligen Feuerwehren deshalb vor den Kopf gestoßen fühlen, könne er nachempfinden. Er vermutet, dass man diese erst gar nicht in die Beschlussvorlage miteingebunden hat, was er als schwerwiegendes Manko ansehe. Die SPD-Stadtratsfraktion sei sich mit allen Stadtratsfraktionen darüber einig, dass dies nachgeholt werden müsse, so Stadtrat Werner. Anhand eines persönlichen Erlebnisses schildert Stadtrat Werner die Notwendigkeit der Freiwilligen Feuerwehren. Er lege Wert darauf, auf die Leistungsbereitschaft und Qualität der Freiwilligen Feuerwehren hinzuweisen sowie diese unbedingt in das Konzept miteinzubinden. Außerdem kritisiert er die Tatsache, dass die Freiwilligen Feuerwehren aus der Zeitung über den geplanten Neubau der Hauptfeuerwehrwache erfahren mussten. Die SPD-Stadtratsfraktion spricht sich gegen eine neue Hauptfeuerwehrwache im Zweiten Grüning aus. Hierfür brauche es einen anderen Standort.

Stadträtin Mayr schließt sich der Meinung von Stadtrat Werner an. Eine Absprache mit den Freiwilligen Feuerwehren habe stattzufinden. Ergänzend kritisiert sie, dass die Beschlussvorlage der Kommission für Brand- und Katastrophenschutz nicht vorgelegt wurde.

Nach der Geschäftsordnung des Stadtrates, müsse diese zwingend vorberatend in den entsprechenden Gremien behandelt werden. Weiter moniert sie, dass in der Sitzungsvorlage jeder finanzielle Aspekt fehle. Weder die Basiszahlen aus dem Jahresbericht der Feuerwehr noch die beschriebenen Prozentzahlen aus der Beschlussvorlage seien als Begründung für eine Bedarfsanerkennung ausreichend. Nur weil andere bayerische Städte über eine zweite Hauptfeuerwehrwache verfügen, sehe sie keine Notwendigkeit, dass Ingolstadt eine brauche. Sollte es zu einer Entscheidung kommen, wünscht sich Stadträtin Mayr ein externes Gutachten, welches die Bedarfe nach den Regeln des Landesfeuerwehrverbandes bewertet. In ihren Augen sei die Vorlage nicht ausreichend und keine Basis für einen Beschluss zum jetzigen Zeitpunkt.

Stadtrat Grob sagt, auch ihm fehle die Einbeziehung der Freiwilligen Feuerwehren sowie Zahlenmodelle und Kennzeichen, welche man für eine prozentuale Berechnung brauche. Er habe große Sympathien für ein externes Gutachten, welches möglicherweise eine Entscheidung über eine zweite Hauptfeuerwehrwache bringen mag. Aus seiner Sicht sei der Antrag der Verwaltung so nicht entscheidungsreif. Stadtrat Grob setzt sich für ein Kooperationsmodell zwischen den Freiwilligen- und Berufsfeuerwehren ein und erbittet das Ehrenamt im Bereich der Feuerwehr durch eine Expertise der Freiwilligen Feuerwehren nach vorne zu bringen. Ihm gehe es darum, ein Modell zu entwickeln, welches die Freiwilligen Feuerwehren und Berufsfeuerwehren örtlich und zeitlich kombiniere, um eine bestmögliche Hilfsfrist schaffen zu können. Stadtrat Grob schlägt vor, den Antrag zurückzunehmen und ein Gutachten in Auftrag zu geben, um eine Diskussion im Herbst fortführen zu können.

Die Stadtratsfraktion Bündnis90/Die Grünen sehe den Antrag als Eröffnung zu Meinungsaustausch und Diskussion, welche jedoch dringend weiter geführt werden müsse, so Stadtrat Semle. Er vermisse in der Skizze einen näheren Bereich für eine mögliche Hauptwache im Süden. Weiter zeige ihm die Verwaltungsvorlage, dass eigentlich auch eine zweite veränderte Wache bzw. Freiwillige Feuerwehr im Norden gebraucht werde, da der ganze westliche Bereich nicht abgedeckt sei. Ein Standort im Grüning müsse seitens der Stadtratsfraktion Bündnis90/Die Grünen ausgeschlossen bleiben.

Stadträtin Hagn stimmt ihren Vorrednern zu. Auch an die JU-Stadtratsgruppe seien die Freiwilligen Feuerwehren mit deutlicher Kritik rangetreten, insbesondere was die Zahlen bzw. die nicht genau vorhandenen Zahlen betreffe. Bezüglich der Einhaltung der Hilfsfristen soll es einige Diskrepanzen gegeben haben. Wie Herr Müller sind auch sie der Ansicht, dass die Freiwilligen Feuerwehren ein unverzichtbarer Bestandteil dieses Systems seien. Deswegen begrüßt die JU-Stadtratsgruppe ein externes Gutachten, um diese mehr einbinden zu können. Dementsprechend sind sie ebenfalls gegen eine heutige Entscheidung der Beschlussvorlage, so Stadträtin Hagn.

Herr Müller stellt klar, dass die Grundsatzvorlage ausschließlich für eine Bedarfserkennung bzgl. hauptamtlicher Kräfte, mithin der Berufsfeuerwehr gedacht war. In einer nachfolgenden Projektvorlage würde man sich selbstverständlich zu den Themen Standort, Kosten und Personal verständigen. Vorliegend bestätigt er, dass mit dieser Vorlage zunächst einmal der Bedarf aufgrund der Defizite, vor allem im Bereich der Hilfsfristen, festgestellt werden sollte. An dieser Stelle betont Herr Müller, dass unter dem Gesichtspunkt des Organisationsverschuldens, die Hilfsfrist nicht zwischen Berufsfeuerwehr und Freiwilliger Feuerwehr unterscheidet. Auch die Sicherheit eines Bürgers unterscheide nicht, ob jemandem durch einen Berufsfeuerwehrmann oder einen Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehr geholfen werde. Die Professionalität und Hingabe eines ehrenamtlichen Feuerwehrmannes (oder -frau) ändere leider nichts daran, dass diese keine 100-prozentige Ausrückesicherheit wie berufsmäßige Kräfte, im Rahmen eines Schichtsystems, sicherstellen können. Deshalb seien für diese Vorlage die Freiwilligen Feuerwehren nicht eingebunden worden, weil es hier nicht um die Entscheidung der Sanierung oder des Neubaus von Feuerwehrgerätehäusern gehe, sondern um eine Berufsmäßige Wache mit entsprechenden 24-Stunden Einsatzdiensten. Aufgrund eines kompletten konzeptionellen Neubaus, müsse man sogar

überlegen die Hauptwachenfunktion in der Dreizehnerstraße in den Süden zu verlegen. Deswegen habe Herr Müller in die Vorlage "Hauptwache im Süden" geschrieben. Weiter äußert er seine Bedenken gegenüber der Idee eines externen Gutachtens. Zum einen, weil man dadurch die fachliche Expertise der Ämter in Frage stellt (welche derzeit an der Bedarfsplanung arbeiten, die man zum Jahreswechsel vorlegen würde) und zum anderen, da dies erneut eine weitere zeitliche Verzögerung für eine Grundsatzentscheidung bedeuten würde, äußert Herr Müller starke Bedenken.

Oberbürgermeister Dr. Scharpf glaubt, dass das Vorhaben Neubau einer Feuerwehrwache für die Berufsfeuerwehr, ein so großes Gewicht für Ingolstadt habe, sodass eine Umsetzung ohne ein externes Gutachten gar nicht möglich sei. Über diese Thematik habe er sich erst kürzlich mit Amtskollegen im Städtetag unterhalten. Nach seinen Aussagen sollen sich alle, die eine Feuerwehrwache gebaut haben, eine externe Bestätigung eingeholt haben.

Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll denkt, es sei klar, dass die Hilfsfristen gewahrt werden und hierfür schleunigst Lösungen gefunden werden müssen. Sie verstehe die Vorlage der Verwaltung eher als Mittel dafür, die Angelegenheit in Bewegung zu bringen. Trotzdem ist sie der Meinung, dass es noch notwendig sei, bestimmte Gespräche zu führen, insbesondere in Richtung der ehrenamtlichen freiwilligen Feuerwehren. Aber auch was die Zahlen vor Ort der eigenen Regionen angehe. Hier sollte nochmal eine Analyse durchgeführt bzw. geprüft werden, ob sich Synergieeffekte mit Nachbarortschaften ergeben. Die Bereitschaft der Freiwilligen Feuerwehren an der Gesamtlösung mitzuwirken, sei nach Worten von Bürgermeisterin Dr. Deneke-Stoll gegeben. Sollte sich bei der Detailanalyse herausstellen, dass die Hilfsfristen tatsächlich nicht gewahrt werden können und man eine Zwischenlösung braucht, würde sie es unterstützen, die Feuerwehren alle gemeinsam mit ins Boot zu holen. Schließlich würde der Bau einer zweiten Hauptfeuerwehrwache, vorausgesetzt erforderlich, noch viele Jahre dauern.

Stadtrat Werner meint, dass die Diskussion zeige, dass die Sache zu einem Miteinander geführt werde. Nichtsdestotrotz ärgert er sich über die Argumentation der Nichterreichbarkeit bestimmter Stadtviertel innerhalb der 10-Minuten-Frist. Er weist darauf hin, dass es in Bayern auch eine Großstadt wie Erlangen gebe, die über keine Berufsfeuerwehr verfüge. Dort sei der Brandschutz durch Freiwillige Feuerwehren sichergestellt. Das Problem in Ingolstadt sei, dass die Freiwilligen Feuerwehren erst gar nicht miteingebunden werden, kritisiert Stadtrat Werner. Nach seinen Aussagen, soll es bereits im vergangenen Jahr bei der Zusammensetzung der Kommission für Brand- und Katastrophenschutz in der neuen Wahlperiode zu ähnlichen Diskussionen gekommen sein. Man hätte also erahnen können, dass es bei einem solchen schwerwiegenden Thema, welches den Brandschutz in Ingolstadt betreffe, wenn man die Freiwilligen Feuerwehren außen vor lässt, zu einem Aufflammen der Diskussion komme. Stadtrat Werner bekräftigt eine rechtzeitige Einbindung der Freiwilligen Feuerwehren in das Konzept des Brandschutzes und appelliert für ein Miteinander der beiden Feuerwehren.

Stadträtin Bulling-Schröter hat den Eindruck, dass zur Zeit bestimmte Entscheidungen zu schnell durchgepeitscht werden. Dies gefalle ihr nicht. Hinsichtlich der Bedarfsanerkennung zum Neubau einer Feuerwache als Hauptfeuerwache im Süden, bevorzugt sie eine nachhaltige und fundierte Beschlussfassung im September/Oktober, sobald die Bedarfsplanung vorgelegt werde. Schließlich handle es sich hier um eine Entscheidung für viele Jahre. Dass der Neubau einer Feuerwehrwache nicht im Grünring gebaut werden sollte, versteht sich für Stadträtin Bulling-Schröter von selbst.

Stadträtin Mayr befürchtet, dass der Standort im Süden dazu führe, dass diese Wache als nächstgelegenes Rettungsmittel, zu einem Drittel der Einsätze im Landkreis Pfaffenhofen tätig sein würde. Dieser Aspekt sei von Herrn Branddirektor Huber in der

Kommissionssitzung vom 09.03.2021 bereits eingeräumt worden. Ingolstadt sei damit nicht gedient. Deswegen spricht sich Stadträtin Mayr gegen diesen Standort aus.

Herr Müller antwortet, dass er erwartet habe, dass das Thema sehr kontrovers diskutiert werde. Deshalb habe er bei der Bedarfsanerkennung ganz bewusst das Thema Standortentscheidung außen vor gelassen. Eine Südwache sei nur vor dem Hintergrund angedacht, weil sie die entsprechenden Hilfsfristkreise in idealer Weise ergänze und man im Süden im Bezug auf eine hauptamtliche Absicherung noch gar nichts habe. Aufgrund der Donau-Trennung zwischen der Dreizehnerstraße und dem Süden können sehr leicht Situationen entstehen, wo sich die entsprechenden Brücken als "Flaschenhals" erweisen und man unter Umständen von Hilfe abgeschnitten sein könnte, erklärt Herr Müller. An Stadtrat Werner gewandt, weist er darauf hin, dass auch Erlangen nicht ohne hauptamtliche Kräfte auskomme. Dort sei es eine besondere Kombination aus Kräften, die auch entsprechend im Schichtdienst arbeiten. Auf den Redebeitrag von Stadträtin Mayr antwortet Herr Müller, dass man im Rahmen der Amtshilfe selbstverständlich den Landkreis mit bediene, sofern dies erforderlich sei. Im Bereich z.B. in Richtung Eichstätt tue man dies jetzt auch schon, wenn es notwendig sei, verdeutlicht er.

Der Antrag der Verwaltung wird zurückverwiesen.